

VBGR – Protestschreiben an Bundesinnenminister Otto Schily zur Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit für Bundesbeamte - 28.09.2004

**Geschäftsstelle
München**

Morassistraße 2
D-80469 München

Verantwortlich
Jürgen Mume Czarnowski
Telefon 089.2195-3024

Telefon 089.2157-8433
Telefax 089.2157-8433
post@vbgr.dbb.de
www.vbgr.dbb.de

An den
Bundesminister des Inneren
Herrn Otto Schily
Alt-Moabit 101 D

D – 10559 Berlin

Betrifft: Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit für Bundesbeamte

Sehr geehrter Herr Bundesminister, das Maß ist voll!

Mit der von der Bundesregierung verabschiedeten Verlängerung der Arbeitszeit der Bundesbeamten von 38,5 auf 40 Wochenstunden haben Sie uns eine Gehaltskürzung von 3,9 % auferlegt, die laut Ihrem Verordnungsentwurf zu jährlichen Einsparungen von 400 Mio. Euro im Bundeshaushalt führen soll. Da die Arbeitszeitverlängerung somit ohne Gehaltsausgleich erfolgt, sehen sich die Bundesbeamten um diese Summe betrogen, denn wir haben es noch sehr gut in Erinnerung, dass die Arbeitszeitverkürzungen damals durch Gehaltsverzicht erkaufte wurden.

Hinzu kommt die Tatsache, dass den Bundesbeamten bereits seit den 80-er Jahren mit den Sparmaßnahmen der Haushaltsstrukturgesetze sowie den sog. Versorgungs- und Dienstrechtsreformen oder bei den verzögerten Besoldungserhöhungen erhebliche finanzielle Opfer auferlegt wurden, wie sie keine andere Beschäftigtengruppe zu spüren bekam. Wenn darüber hinaus noch die jetzt gerade erfolgte Streichung des Urlaubsgeldes und die massive Kürzung des Weihnachtsgeldes hinzukommen, dann müssen Sie sich nicht wundern, wenn die Beamten hierfür keinerlei Verständnis mehr aufbringen, zumal sie sich nicht wie Angestellte oder Arbeiter durch Streik dagegen wehren können. Von den Beamten erwartet der Staat Loyalität, Treue, Ergebenheit und natürlich Leistungsbereitschaft. Diese Tugenden werden jedoch durch einseitige Sparmaßnahmen, die sich ausschließlich zu Lasten der Beamten auswirken, in Frage gestellt. Der auch von Ihnen propagierte „moderne Staat“ und ein moderner öffentlicher Dienst lassen sich nicht verwirklichen, wenn Sie eine Berufsgruppe andauernd einseitig durch Sparopfer belasten.

Von den von uns vertretenen Beamten des Deutschen Patent- und Markenamtes wird zur Zeit eine hohe Leistung und ein hoher persönlicher Einsatz beim Stauabbau der vielen tausend unerledigten Patentanmeldungen erwartet. Diese Maßnahme halten auch wir auch für notwendig im Interesse der Stärkung Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und sie hat zweifelsohne auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt (Ohne Patente keine neuen Arbeitsplätze in der Industrie). Durch die von der Bundesregierung verordneten, die Beamten einseitig belastenden Sparmaßnahmen sehen wir jedoch die für einen schnellen Stauabbau unverzichtbare Motivation und Leistungsbereitschaft der Patentamtsbeamten ernsthaft in Frage gestellt. Weiterer Schaden kann nur verhindert werden, wenn Sie die Arbeitszeitverlängerung schnellstens wieder zurücknehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Mume

Verband der Beschäftigten des Gewerblichen Rechtsschutzes

Die Kompetenzgewerkschaft im Deutschen Patent- und Markenamt

Vorsitzender

